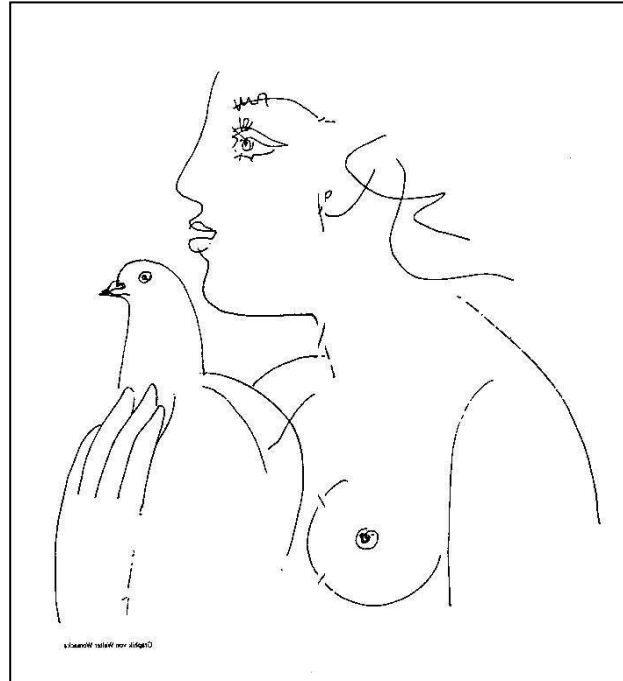


Nr. 94



Rechtsextremismus ächten

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 01.02.2012

Die wochenlange Wulff-Show in den Mainstream-Medien widerspricht eigentlich deren Grundprinzip: Schneller Wechsel der Schlagzeilen, um keinen Überdross beim Publikum aufkommen zu lassen und den Gesetzen des Wettbewerbs um Leser und Einschaltquoten zu genügen.

Warum wurde dennoch die Causa Wulff als Dauerbrenner aufgeführt?

Um davon abzulenken, dass die Schuldenkrise tobt? Oder das Kriegszündeln gegen den Iran und gegen Syrien in den Hintergrund zu schieben? Oder um Angela Merkels Andeutung in ihrer Neujahrsansprache, dass das neue Jahr „ohne Zweifel schwieriger sein wird als dieses“ nicht kommentieren zu müssen?

Nein, es geht wohl darum, den Skandal, den die Sicherheitsbehörden des Landes im Umgang mit dem nazistischen Verbrecher-Trio „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) produziert haben, weitgehend zu deckeln, um das mit Merkels Krisenmanagement so hoch gespielte „Leitbild“ deutscher Tugenden nicht beschädigen zu lassen. Der Chef der Unions-Fraktion im Bundestag, Volker Kauder, hat das auf einen kurzen Nenner gebracht: Die Union werde nicht zulassen, „ dass das positive Bild von Deutschland durch ein paar solche Verbrecher Kratzer bekommt.“ (1)

Der Hinweis ist bei den Chefredaktionen der Massenmedien angekommen.

Die Morde an acht Deutsch-Türken, einem Griechen und einer deutschen Polizistin, zwei Sprengstoffanschläge, weitere, bisher nicht aufgedeckte Attentate, zahlreiche Bankraube sowie die Zuschauerrolle von sogenannten Verfassungsschützern und die Beschafferfunktion von V-Leuten sollen möglichst dem Vergessen anheim fallen.

Staatliche Beihilfe und Finanzierung

Wie sieht die Realität aus?

Mehrere Geheimdienste besaßen über weite Strecken des über 13 Jahre währenden verbrecherischen Wirkens und über das unterstützende Umfeld des Nazi-Trios von V-Leuten Informationen über Aufenthaltsorte der Mörderbande, über Waffenbeschaffungen und

Rohrbombenbasteleien. Die Behörden hatten sogar Hinweise darauf, dass die Neonazis nach ihrem Verschwinden bewaffnete Aktionen planten.“ (2)

Verbrechen erfolgten faktisch vor den Augen von „Verfassungsschützern.“ Der Bundesinnenminister zeigte sich nach Bekanntwerden der Mordtaten „überrascht“. Er sah sich mit einer „neuen Dimension rechtsextremistischer Gewalt“ konfrontiert. (3)

Aber Verbrechen gehören seit eh und je zum Rechtsextremismus. Die Mordtaten hätten bei richtiger politischer Einstellung verhindert werden können.

Der geäußerte Verdacht auf Beihilfe infolge Unterlassung des Eingreifens und der Festnahme der Terroristen ist nicht von der Hand zu weisen. Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ dazu: „Es gibt für solche Fälle einen Satz, der noch nie widerlegt wurde: 'Wenn sich jemand über viele Jahre einer intensiven Fahndung entziehen kann, dann genießt er staatlichen Schutz.'“ (4) In diesem Fall mangelte es sogar an Fahndung.

Charakteristisch für Verfassungsschutz wie auch für Justizorgane bleibt ihre Eigenschaft, auf dem rechten Auge blind zu sein. Eine traditionelle Eigenschaft, im Deutschen Reich üblich und in der BRD als „Rechtsnachfolgerin des Reiches“ selbstverständlich. Ihr heutiges Feindbild ist auf Islamophobie und gegen Links programmiert. Während der Nazi-Mordserie kamen die zuständigen Ermittlungsbeamten überhaupt nicht auf die Idee, dass die Morde einen rassistischen Hintergrund haben könnten. Die nächsten Angehörigen der Opfer wurden vielmehr verdächtigt und damit Milieuverbrechen konstruiert. Noch im Sommer 2011, nach dem Massaker in Oslo, hatte der Bundesinnenminister – sozusagen als Verhaltens- und Handlungsorientierung - in Abrede gestellt, dass es rechten Terror in der Bundesrepublik überhaupt gäbe. Untergebene waren entsprechend eingestimmt. Der Vizepräsident des Bundestages, Wolfgang Thierse (SPD) spricht von einer „Voreingenommenheit unerträglichen Ausmaßes.“ (5) Die Leugnung rechten Terrors in der Bundesrepublik zeigt sich auch darin, dass keine Bundesregierung,

2 Der Spiegel, 1/2012

3 Junge Welt, 15. November 2011

4 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20. November 2011

5 Berliner Zeitung, 13. Dezember 2011

kein Innenminister je mahrend an die nazistischen und rassistischen Verbrechen von Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda erinnert hat. Im Übrigen soll es sich ja bei den Verbrechen, und diesen Eindruck will Kauder wohl vermitteln, nur um „ein paar“ Einzeltäter handeln. Was wohl auch für die Ermordung von 180 Ausländern, Migranten, Obdachlosen, Arbeitslosen und Schwulen gelten soll, die seit 1990 nach Angaben von Opferberatungsstellen infolge rechtsextremistischer Gewalt ums Leben gekommen sind. Die Realität rechtsextremistischer Verbrechen, so befindet „Der Spiegel“, „hat nicht geendet, im Gegenteil, ... ist eskaliert. Man kann auch sagen: ... ist alltäglich geworden.“ (6)

Millionen Euro Steuergelder sind für 100 bis 150 V-Leute geflossen. Mittel, die dann von den angeheuerten Nazis für verfassungsfeindliche Aktionen und für Propagandamaterialien der NPD und ihres Umfeldes eingesetzt wurden. Rechtsterrorismus wurde staatlich finanziert. Zur Verhinderung der Verbrechen des NSU haben diese V-Leute nichts beigetragen. Kommentar der „Berliner Zeitung“ über den Verfassungsschutz: „Er hat nichts gehört und nichts gesehen? Dann ist er überflüssig. Er hat nichts hören und nichts sehen wollen? Dann ist er eine Gefahr für die Verfassung.“ (7)

Praktiken von Verfassungsschutz- und Justizbehörden bei der Bearbeitung und „Aufklärung“ der Verbrechen vervollständigen das Bild. Der Verfassungsschutz hat Akten über Nazi-Aktivistinnen und ihre Untaten nach fünf Jahren gelöscht. Beweismittel, Datenträger wurden auf staatsanwaltliche Geheiß vernichtet. Zschäpe, Mitglied des Verbrecher-Trios, die sich selbst stellte und, wie manche vermuten, dem Verfassungsschutz dienstbar war, soll nicht wegen Beteiligung an den Morden angeklagt werden. Dann wäre auch nicht mehr von einer „terroristischen Vereinigung“ zu sprechen, da diese mindestens drei Mitglieder umfassen muss. Hausdurchsuchungen und Festnahmen aus dem Kreis der schätzungsweise über hundert Unterstützer der Mörderbande erfolgten so zögerlich, dass genügend Zeit gegeben war, um belastende Materialien in Ruhe beiseite zu schaffen. Inhaftierte mutmaßliche Unterstützer können mit ihrer Freilassung rechnen. Ihre Taten, so wird plädiert, seien verjährt und

6 Der Spiegel, 47/2011

7 Berliner Zeitung, 23. Dezember 2011

„bestenfalls als Fluchhilfe und Urkundenfälschung zu werten.“ (8)

Bei der Aufarbeitung des Versagens der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden ist die Tatsache auffallend, aber nicht überraschend, dass technisch-organisatorische Fragen aufgeworfen wurden und nicht die Entwicklung des Rechtsextremismus und deren Folgen wahrgenommen und ins Zentrum von Untersuchungen gestellt wurden. Es ging primär um die „Prüfung“ der Sicherheitsarchitekturen. Eine zentrale Datei für rechte Gewalttäter soll eingerichtet werden. Ein Gemeinsames Abwehrzentrum (GAR) von Polizei und Geheimdiensten gegen Rechtsextremismus wurde geschaffen. Es soll eine Zusammenlegung von Befugnissen von Geheimdiensten und Polizei auf Bundesebene erfolgen. Damit aber wird gegen das Trennungsgebot verstoßen, „dass die Polizei Zugriff auf geheimdienstlich gewonnene Erkenntnisse bekommt, und andererseits die Geheimdienste die repressiven Maßnahmen der Polizei wesentlich beeinflussen können“, wie Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der LINKEN sagt. (9) Die Konstituierung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde wochenlang blockiert. Dringender Aufklärungsbedarf besteht hinsichtlich der Liste mit tausenden von Namen, die sich – als Abschussliste gedacht – in den Händen der Nazi-Mörder befand. Das waren vielfach Daten aus staatlichen Institutionen.

Vorurteile und Stichwortgeber

Der türkische Außenminister Ahmet Dönuşoglu äußerte sich während eines Besuchs der Bundesrepublik zur Herangehensweise deutscher Behörden bei der Behandlung der vom NSU-Trio verübten Morde an deutsch-türkischen Bürgern. Milieuverbrechen waren bekanntlich unterstellt worden. Der Außenminister sagte: „Wenn in diesem Land tatsächlich der Eindruck herrscht, die Türken seien ein so barbarisches Volk, dass sie sich gegenseitig einfach so ermorden, dass sie das wegen eines Döner-Geschäfts oder eines Drogendeals gewohnheitsmäßig machen, dann ist dieses Vorurteil gefährlicher als jeder rassistische Terrorist. Gegen einen Terroristen können Sie

8 Berliner Zeitung, 9. Januar 2012

9 Junge Welt, 17./18. Dezember 2011

vorgehen, eine Terrorzelle können Sie bekämpfen. Aber gegen ein solches Vorurteil zu kämpfen, ist viel schwieriger.“ (10)

Das Vorurteil, Bestandteil „Deutscher Leitkultur“, ist über viele Jahre von Vertretern des politischen Establishments in der BRD geprägt und gepflegt worden. Es hat das politische Klima und die Denkweise nicht weniger Bürger beeinflusst. In der verbreiteten Fremdenfeindlichkeit wird sowohl in der Politik als auch in den Medien nicht wie einst der Rassenbegriff benutzt: Es wird von der „fremden Kultur“ und von „andersartiger Mentalität“ geredet.

Einige Beispiele von Stichwortgebern und Wegbereitern solcher Fremdenfeindlichkeit:

- **Edmund Stoiber** (CSU) äußerte 1988 als bayerischer Minister: „Ich warne vor einer durchmischten und durchrassten Gesellschaft auf deutschem Boden.“ (11)
- **Jörg Schönbohm** (CDU) meinte 1997 als Berliner Innensenator mit Blick auf Zuwanderung in Berlin; „Die Identität der Bundesrepublik Deutschland als Nationalstaat der Deutschen darf nicht zur Disposition stehen.“ (12) Mit dieser Äußerung könnte er als Ideengeber für Sarrazin verstanden werden.
- **Klaus Landowski** (CDU) verstieg sich als damaliger Landesvorsitzender seiner Partei am 27. Februar 1997 vor dem Berliner Abgeordnetenhaus zu dieser Tirade gegen Ausländer in der Hauptstadt: „Es ist nun mal so: Wo Müll ist, sind Ratten, und wo Verwahrlosung ist, ist Gesindel, und das muss beseitigt werden in der Stadt.“ (13)
- **Gerhard Schröder** wollte 1997 als SPD-Kanzlerkandidat in diesem Reigen nicht fehlen: „Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: Raus, und zwar schnell.“ (14) Schröder befand dann als Bundeskanzler, dass „das Boot voll“ sei.
- **Michael Glos** (CSU) erklärte 1999 in seiner Eigenschaft als CSU-Landesgruppenchef: „Wir wollen nicht, dass sich hier Lebensformen etablieren, die nicht deutsche sind, wo man nicht unsere Bräuche pflegt.“ (15)

10 Der Spiegel, 50/2011

11 taz, 2. November 1988

12 Berliner Morgenpost, 25. April 1997

13 Das Erste.de, 13. März 1997

14 Bild am Sonntag, 20. Juli 1997

15 Stern, 3/1999

- **Lorenz Meyer** meinte im Jahr 2000 als CDU-Generalsekretär: “Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.” (16) Er befand sich mit diesem Spruch auf der „gleichen Wellenlänge“ wie die NPD.
- **Jürgen Rüttgers**, CDU-Ministerpräsident in Nordrhein- Westfalen, forderte ebenfalls im Jahr 2000 im Landtagswahlkampf: “Kinder statt Inder an die Computer“ . (17)
- **Frank Steffel**, heute Stellvertretender Vorsitzender der Berliner CDU, diffamierte 2001 bei der Jungen Union Schwarze als „Bimbos“, Türken als „Kanaken“ und Behinderte als „Mongos“ . (18)
- **Norbert Geis**, CDU-Bundestagsabgeordneter, fragte im Jahre 2002 herausfordernd das damalige Mitglied des Zentralrats der Juden Michael Friedman: „Warum lasst Ihr nicht Deutschland den Deutschen?“ (19)
- Der damalige CSU-Generalsekretär **Markus Söder** (heute bayerischer Minister) und der Chef der Jungen Union, **Philipp Mißfelder** (heute Mitglied des Präsidiums der CDU) veröffentlichten 2007 ein Grundsatzpapier mit Blick auf die Bundestagswahlen 2009. Darin betonten sie, Grundlage der „deutschen Leitkultur“ müssten christlich-abendländische Werte sein. „Voraussetzung für eine Zuwanderung ist das Bekenntnis zu unseren Wertmaßstäben...Nicht jedes Gesellschaftsmodell verdient es, im Zeichen der Pluralität gleichermaßen gefördert zu werden.“ (20)
- **Roland Koch** kritisierte 2008 als CDU-Ministerpräsident in Hessen im Landtagswahlkampf, Deutschland habe ein „seltsames soziologisches Verständnis für Gruppen aufgebracht, die bewusst als ethnische Minderheiten Gewalt ausüben.“ (21) Koch erhielt für diese rassistische Äußerung den Beifall der NPD. Der Zentralrat der Juden warf ihm „NPD-Nähe“ vor.
- **Erwin Huber** gab 2008 als CSU-Parteivorsitzender die fremdenfeindliche Kräfte ermunternde Losung aus: „Multi-Kulti ist die Brutstätte von Kriminalität.“ (22)

16 konkret, Dezember 2000

17 Telepolis, 9. März 2000

18 Süddeutsche Zeitung, 23. August 2001

19 Hessischer Rundfunk, 5. Februar 2002

20 Berliner Zeitung, 6. September 2007

21 Bild.de, 14. August 2007

22 Nation & Europa, 14. März 2008

- **Angela Merkel** erklärte im gleichen Jahr: „Der Ansatz für Multi-Kulti ist gescheitert, absolut gescheitert.“ (23)
- **Hans-Peter Friedrich** (CSU) dozierte 2011 gleich nach seiner Berufung zum Bundesinnenminister: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ (24)

Die Äußerungen mögen den betreffenden Politikern wie selbstverständlich im Sinne „deutscher Leitkultur“ von den Lippen gekommen sein. Da Fremdenfeindlichkeit wie ein Bestandteil von „Normalität“ und als Alltäglichkeit in der Gesellschaft erscheint. Sie können diese Politiker jedoch nicht davon freisprechen, Vorurteile, von denen der türkische Außenminister sprach, zu fördern. Wie sich das auf Stimmungen in der Bevölkerung auswirkt oder vorhandene Positionen bestärkt, reflektiert sich in den Ergebnissen repräsentativer Umfragen und Studien.

In einer 2008 von der Friedrich Ebert-Stiftung (FES) in Auftrag gegebenen Studie wurde festgestellt, dass 26,7 Prozent der Befragten ausländerfeindliche Einstellungen bekundeten. Einstellungen, die „mit besorgniserregender Selbstverständlichkeit geäußert“ würden. Emnid ermittelte im Ergebnis einer Umfrage, dass 28 Prozent der Deutschen die Meinung verträten, der Einfluss von Juden in der Gesellschaft sei „zu groß“. Das Zentrum für Antisemitismusforschung wies nach, dass 20 Prozent der Deutschen konstant eine „judenkritische Einstellung“ aufwiesen. (25)

Eine Studie der FES verzeichnete, dass mehr als 30 Prozent der Befragten der Aussage zustimmten, „Ausländer kommen, um den Sozialstaat auszunutzen.“ (26)

Nach einer Emnid-Umfrage im Herbst 2010 waren 59 Prozent der Bundesbürger der Meinung, die Mehrheit der Muslime sei nicht bereit, das Grundgesetz für sich persönlich zu akzeptieren. (27) Bei einer weiteren Umfrage waren 51 Prozent der Befragten der Meinung, der Großteil der arabischen und türkischen Einwanderer sei „weder integrationswillig noch integrationsfähig.“

23 Spiegel online, 16. Oktober 2010

24 Welt online, 3. März 2011

25 Neues Deutschland, 15. Februar 2008

26 Neues Deutschland, 14. Oktober 2010

27 Welt online, 20. Oktober 2010

Deutscher Sonderweg

Rechtsextremismus, wie er mit den Verbrechen der terroristischen NSU-Vereinigung erneut in Erscheinung getreten ist, hat in unserem Land eine lange reaktionäre Tradition.

Der Publizist Lorenz Knorr spricht von einem „deutschen Sonderweg“, von einem „Auf und Ab rechtsextremer Entwicklungen. Die Kontinuitäten des Rechtsextremismus vom deutschen Kaiserreich, wo sie als „völkische“ Ideologie und Praxis erscheinen, bis in unsere Zeit, belegt die ursächliche Verknüpfung mit der kapitalistischen Produktionsweise und Sozialstruktur...

Bei der Entwicklung rechtsextremistischer Kontinuitäten wirkt das Geschichtsbild ebenso wie das Primat wirtschaftlicher Zustände. Trotz aller tiefen historischen Brüche transportieren Personen und Gruppen rechtsextremistische Ideologien, die stets einer leicht zu identifizierenden Praxis entsprechen. Der gesellschaftliche Nährboden erleichtert und fördert die Kontinuitäten, die er produziert.“

(28)

Der das Recht des Stärkeren rechtfertigende Sozialdarwinismus gebar und gebärt fortwährend Rechtsextremismus. Die mit „Blut und Eisen“ betriebene Gründung des Deutschen Reiches 1870/71, das Hervortreten des Völkischen, das faktisch identisch ist mit rechtsextremistischer Ideologie und Praxis, markieren sein Aufkommen.

Nietzsche sah als Erfordernis für die künftige Entwicklung des Reiches die „Züchtung der Herrenrasse“ und des „Übermenschen“. Der Historiker Treitschke entwickelte im „Gründerkrach“ 1874 das antisemitische Feindbild – „Die Juden sind unser Unglück“. Der Philosoph Spengler beschwor das „Deutschtum“, um dem „drohenden Untergang des Abendlandes“ zu begegnen. „Deutsche Art“ war gefragt. Der „Alldeutsche Verband“ propagierte „völkische Ideen, die chauvinistische und rassistische Positionen herausbildeten. Großdeutsche Visionen von einer „abendländischen, germanischen, vor allem deutschen Zukunft“ wurden propagiert. Sie mündeten in der Zielsetzung vom „Platz an der Sonne“ und in dem Versuch ihrer Umsetzung im Ersten Weltkrieg, da die Welt „am deutschen Wesen genesen“ sollte.

Das Ende des Krieges sah das Wüten der Konterrevolution. Die „Dolchstoßlegende“ vom „im Feld unbesiegten Heer“ wurde vom Terror der „Freikorps“ begleitet. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Kurt Eisner wurden gemeuchelt.

Die sozialen Folgen des verlorenen Krieges wurden auf die Bevölkerung abgewälzt. Um deren Empörung aufzufangen, kamen die „Vereinigung für nationale und soziale Solidarität“, die völkische Bewegung, die Thule-Gesellschaft und dann die „nationalsozialistische Bewegung“ auf. Mit der NSDAP erfolgte der Aufbau einer faschistischen Partei, die Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus auf ihre Fahnen und das Völkische groß schrieb. Sie schwamm während der Weltwirtschaftskrise in der „völkischen Welle“. Nach der Machtübernahme der Faschisten richtete sich deren terroristische Diktatur zunächst gegen die Kommunisten, die im Widerstandskampf die höchsten Opfer brachten. Die Arbeiterbewegung wurde zerschlagen, die SPD verfolgt. Die „Herrenmenschen“, die Vertreter der arischen Rasse, führten die „Volksgemeinschaft“ in eine Zukunft, in der den Deutschen „morgen die ganze Welt gehören“ sollte. Das „gesunde Volksempfinden“ wurde gleichgeschaltet. Mit dem Schlachtruf „Deutschland über alles“ setzten die Faschisten die „Neuordnung der Welt“ auf die internationale Tagesordnung. Über 55 Millionen Menschen wurden Opfer des Vernichtungs- und Ressourcenkrieges des deutschen Imperialismus. Unvergessen die mit dem Holocaust vollzogene Singularität industrieller Menschenvernichtung. Vom deutschen Nazismus und Militarismus war die Gefahr der Barbarei heraufbeschworen worden.

„Hort Ewiggestriger“

Nach der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus und Militarismus entstand mit Hilfe der Teilung Deutschlands und auf der Grundlage der alten Besitzverhältnisse das neue Staatswesen BRD. Zum Erhalt der alten Besitzverhältnisse gesellte sich in hohem Maße personelle Kontinuität. In totaler Missachtung der Beschlüsse der Krim- und der Potsdamer Konferenz der Siegermächte und unter Bruch des gerade in Kraft gesetzten Grundgesetzes der BRD wurden die neu geschaffenen Staats- und Justizorgane von Altnazis durchgesetzt.

Im Potsdamer Abkommen war festgelegt worden: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet.“ Und weiter: „SS, SA, SD und Gestapo“ seien „völlig und endgültig“ aufzulösen, um „damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen.“ Speziell zur Nazi-Partei und zu ihren Gliederungen hieß es, „es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“ (29) Im Artikel 139 des Grundgesetzes zur Fortgeltung der Entnazifizierungsvorschriften wird ausgesagt: „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von der Bestimmung dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ (30)

Im ersten Bundestag feierten Altnazis fröhlich Urständ: In ihm saßen mehr Mitglieder der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen als 1933 im ersten Reichstag nach der faschistischen Machtübernahme. Was schon vor fast einem halben Jahrhundert im „Braunbuch“ der DDR und in etlichen Publikationen der DDR nachgewiesen worden war, kommt jetzt teilweise an die BRD-Öffentlichkeit. Das Braunbuch war damals in der BRD verboten.

„Der Spiegel“ macht nun mit einigen Fakten bekannt, die auf Grund einer Großen Anfrage der Bundestagsfraktion der LINKEN dargelegt wurden. Danach waren 25 Minister, ein Bundespräsident und ein Bundeskanzler Mitglieder der Nazi-Partei oder einer ihrer Organisationen. Rund eine Million Belastete standen in den Gründerjahren im Dienst des Bundes. „Und die Neugründungen unter dem Grundgesetz – namentlich Polizei- und Geheimdienste – waren größtenteils mit Beamten der alten, verbrecherischen Organisationen besetzt... Beim BKA war es noch schlimmer: Die Männer des Totenkopf-Ordens besetzten zeitweise mehr als zwei Drittel aller leitenden Positionen.“(31) „Der Spiegel“ dann weiter: Beim BND „trugen die SS-Sturmbannführer, SS-Obersturmführer oder SS-Oberführer jene Kreuzzugsmentalität in den BND, die dem Dienst

29 Dokumente zu Deutschland, Bayerische Landeszentrale für Politische Bildung, München 1996, S. 72

30 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für Politische Bildung 2001, S. 88

31 Der Spiegel, 1/2012

den Ruf einbrachte, Hort Ewiggestriger zu sein.“ Die alte reaktionäre und verbrecherische Tradition wirkte fort, war in den neu entstandenen Einrichtungen aufbewahrt. Zur bundesdeutschen Justiz wurde eingeräumt, „...etwa 80 Prozent Richter und Staatsanwälte, die bis zum 8. Mai dem Terrorregime Hitlers zu Diensten standen, sprachen bald wieder Recht...“ (32) Als Massenmörder schuldig gewordene Hitlergeneräle bauten die Bundeswehr auf und befehligten sie.

Im „Braunbuch“ der DDR war einleitend zu lesen: „Die innere Kontinuität der Innen- und Außenpolitik des heute in Westdeutschland herrschenden Regimes mit der Politik des Nazi-Staates hatte die Verwendung des gleichen Personals zur Folge.“ (33)

Die Blutrichter sprachen wieder „Recht“. Solch Personal in der Justiz war wesentlich an der Ausarbeitung und Verkündung des Verbotsurteils gegen die KPD beteiligt. Nur wenige Jahre später sah diese Justiz bei der Konstituierung der NPD durch Altnazis keinen Widerspruch zum Grundgesetz. Die bald danach in Kraft gesetzte Notstandsverfassung war „ausgearbeitet von im Braunbuch namentlich benannten Naziverbrechern in der Bonner Ministerialbürokratie (und) sie sollen praktiziert werden von SS- und Gestapo-leuten in der Bonner Notstandsexekutive, deren Namen ebenfalls in diesem Braunbuch zu finden sind.“ (34)

Die faschistische NPD verfehlte bei den Wahlen im September 1969 zwar den Einzug in den Bundestag. Doch immerhin erhielt sie annähernd 1,5 Millionen Wählerstimmen. Und sie war zu dieser Zeit in sieben von zehn westdeutschen Landtagen vertreten.

In 140 rechtsextremistischen Vereinigungen und über zehn militaristischen Traditionsverbänden konnten sich zwei Millionen alte und neue Nazis zusammenrotten und organisieren. Die NPD forderte in ihren Programmen die Beseitigung der „kommunistischen Herrschaft“ in der DDR und die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Eine revanchistische Forderung, die vom CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in seinem Programm zur „Neuordnung Europas vom Atlantik bis zum Bug und zum Schwarzen Meer“ noch überboten wurde (35)

32 ebenda

33 Braunbuch, Kriegs- und Naziverbrecher, Staatsverlag der DDR 1968, S. 2

34 ebenda, S. 2

35 ebenda, S.3

Dem alten faschistischen Ungeist war für die Verbreitung volksverhetzender und friedensfeindlicher Propaganda das Terrain der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ geboten. Der Kampf der Antifaschisten gegen die neonazistische Gefahr wurde als „grundgesetzwidrig“ hingestellt. Das bundesdeutsche Innenministerium richtete am 11. Januar 1977 einen Brief an ehemalige KZ-Häftlinge. Es müsste, so hieß es in dem Brief, „die Einsicht erwartet werden, dass Recht und Gesetz auch für diejenigen gilt, die von der von Ihnen vertretenen Lagergemeinschaft politisch bekämpft werden...Im übrigen verbürgt das Grundgesetz allen Deutschen, auch den Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS, die Grundrechte der Versammlungsfreiheit (Art.8) und der Vereinigungsfreiheit (Art. 9).“

Bundeskanzler Helmut Kohl, der 1982 eine „geistig-moralische Wende“ in der Bundesrepublik ankündigte, besuchte 1985 – als Ausdruck der Geschichtspolitik der Bundesregierung – mit US-Präsident Ronald Reagan den Soldatenfriedhof Bitburg, um für die gefallenen Wehrmachts- und SS-Angehörigen Kränze nieder zu legen. Die „geistig-moralische Wende“ offenbarte sich auch im sogenannten bundesdeutschen Historikerstreit. Rechtskonservative Historiker orientierten auf eine Relativierung des Holocaust und der Kriegsverbrechen des Faschismus. Eine „Entsorgung der Vergangenheit“ und eine „Rückkehr in die kulturelle Vergangenheit“ sollte im „revisionistischen Trend in der (bundesdeutschen) Geschichtswissenschaft“ vollzogen werden. (36)

Großdeutsche Ambitionen

Nach dem Anschluss der DDR setzte die Bundesregierung die Delegitimierung des ersten sozialistischen Staates in der deutschen Geschichte auf die Tagesordnung.

Die DDR war seit ihrer Gründung für den deutschen Imperialismus in mehrfacher Hinsicht ein Grundübel: Sie war ein zuverlässiger Friedensfaktor im Herzen Europas und damit ein Hemmnis für die Expansionsgelüste des Kapitals der BRD. Sie war ein antifaschistischer Staat, der getreu dem Potsdamer Abkommen und dem Schwur von Buchenwald alles getan hatte, um den „deutschen Militarismus und Nazismus auszurotten“ und deren sozialökonomische

36 <http://de.wikipedia.org/wiki/ Historikerstreit>

Grundlagen zu beseitigen. Sie war ein Staat der sozialen Gerechtigkeit, in dem das Gesetz der Umverteilung von unten nach oben außer Kraft gesetzt worden war. Mit dem Anschluss der DDR wurde die herrschende Politik des größer gewordenen Deutschland von großdeutschen Vorstellungen beflügelt. Der Rechtsextremismus gewann neuen Spielraum.

Bundeskanzler Kohl frohlockte 1991: „Deutschland hat seine Geschichte abgeschlossen, es kann sich offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.“ (37) Sein Justizminister Kinkel schwärmte: „Nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zwei Mal zuvor gescheitert sind: Im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potenzial entspricht.“ (38) Kohl setzte die „Rückkehr zur Normalität“ auf die Tagesordnung seiner Bundesregierung. Sein Nachfolger im Amt, Schröder, konkretisierte diese „Normalität“ des deutschen Imperialismus, indem er die „Enttabuisierung des Militärischen“ vollzog. Mit dem Überfall auf Jugoslawien konnte Deutschland – die DDR existierte ja nicht mehr – wieder zur kriegführenden Macht werden. Das Militärische war „enttabuisiert“. Zum dritten Mal wurde das Streben nach der „Weltmachtrolle“ militärisch umgesetzt. Inzwischen wird seit einem Jahrzehnt „Deutschland am Hindukusch verteidigt“. Mit dem unstillbaren Hegemoniestreben des deutschen Imperialismus wurde der Krieg wieder gesellschaftsfähig gemacht. Verteidigungsminister de Maiziere setzt zügig die Bundeswehr-Reform um. Als Interventionsstreitmacht soll sie fähig sein „zeitgleich rund 10.000 Soldatinnen und Soldaten in zwei großen und mehreren kleineren Einsatzgebieten flexibel und durchhaltefähig für Einsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements“ bereitzustellen. „Sterben und Töten gehören dazu, das müssen wir akzeptieren und bejahen“, fügte der Minister gleich hinzu. (39) Die Militarisierung des öffentlichen Lebens in der BRD schreitet voran.

Deutschland hat sich auf dem Weg zur Weltmachtrolle zur „Kernmacht“ im EU-Europa gemausert. Die Funktion der „Kernmacht“ wird von der herrschenden Politik dahingehend interpretiert, dass

37 ebenda

38 Der Spiegel, 25/2011

39 Der Spiegel, 33/1991

die Bundesrepublik als mit Abstand bevölkerungsreichstes Land und stärkste Volkswirtschaft in der EU eine Leitfunktion auszuüben habe. Aus solcher „Leitfunktion“ und der daraus entspringenden „Leitkultur“ ergibt sich, wie Angela Merkel in ihrem Krisenmanagement hinreichend dargestellt hat, anderen Regierungen und Völkern der EU vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen, wie sie zu leben und damit ihren Beitrag zu der vom deutschen Kapital auszugestaltenden EU-Exportmacht unter deutscher Führung zu leisten haben. „Deutsches Wesen“ soll wieder auf der Jagd nach dem „Platz an der Sonne“ grenzenlos gelten. Der Appell des Unions-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Volker Kauder, „Jetzt wird in Europa deutsch gesprochen“, (40) erinnert an das Großdeutsche vergangener unseliger Zeiten. Das Hegemoniestreben des deutschen Imperialismus braucht konforme ideologische Verfassung im Innern. Dazu gehört einerseits das Herunterspielen rechter Ideologie und rechtsterroristische Gewalt und andererseits die Bekämpfung linker, demokratischer und antifaschistischer Kräfte und Organisationen.

Getreu der Staatsdoktrin

Bezogen auf Grundeinstellung und praktisches Verfahren des Verfassungsschutzes befindet Ex-Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye: „Nach allem, was man aus der Geschichte des Verfassungsschutzes weiß, haben die nach rechts immer einen eher vernebelten Blick gehabt, aber einen sehr scharfen auf alles, was sich links von der Mitte bewegt. Aber das gilt nicht nur für den Verfassungsschutz.“ (41)

Im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Koalition wurde festgeschrieben: „Extremismus jeder Art, seien es Links- oder Rechtsextremismus oder Islamismus, treten wir entschlossen entgegen.“ (42) Wohlgemerkt - der in diesem Vertrag firmierte „Linksextremismus“ wird mit dem Rechtsextremismus nicht nur gleichgesetzt. Er wird an die erste Stelle des „entschlossenen Entgegtretens“ der Bundesregierung gesetzt. In dem Vertrag wird dann der sogenannte Linksextremismus doppelt so lang behandelt wie der Rechtsextre-

40 Spiegel online, 15.11.2011

41 Berliner Zeitung, 21. November 2011

42 www.cdu.de/doc/pdfc

mismus. Staatliche Ignoranz gegenüber rechten Kräften und die Handlungen staatlicher Sicherheitsbehörden entsprechend einem überlieferten linken Feindbild sind systemimmanent. Der Antikommunismus als Staatsdoktrin der Bundesrepublik tobt sich seit dem Ende des realen Sozialismus aus.

Seit über zwei Jahrzehnten wird der Totalitarismuskampagne gemäß Delegitimierung und Dämonisierung der DDR betrieben. Eine Dauerkampagne, die in Krisenzeiten besondere Höhepunkte erreicht. Mit der These von „zwei deutschen Diktaturen“ werden nicht nur die Verbrechen des deutschen Faschismus gegen die Menschheit relativiert. Sie soll bewirken, dass die faschistischen Untaten aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängt und den Heranwachsenden überhaupt nicht bekannt werden.

In dem Beschluss des Stuttgarter CDU-Parteitag vom 2. Dezember 2008 werden Medien, Hochschulen und Schulen auf die Darstellung der DDR als „verbrecherisches System“ orientiert. Der Bundespräsident „im Amt und ohne Würde“ beteiligte sich an der antikommunistischen Kampagne, indem er verkündete, die DDR habe eine „verbrecherische Politik“ betrieben.

Während in den vergangenen Jahren der Besuch von KZ-Gedenkstätten durch Schulklassen deutlich rückläufig ist, verzeichne, wie es heißt, **die sogenannte Gedenkstätten Berlin-Hohenschönhausen, bekannt als Gruselkabinett von Herrn Knabe**, Rekordbesuche. Jeder zweite Besucher sei ein Jugendlicher. Offenbar wird ein Klassenlehrer danach beurteilt, wie viele Schüler er durch dieses antikommunistische Manipulierungsobjekt schleust. Unaufhörlich wird die Stasi-Keule geschwungen. Stalinismus-Vorwürfe an Linke gehören zum Repertoire des kalten Krieges der Vertreter „deutscher Schicksalsgemeinschaft“.

Wie sieht die antikommunistische Stoßrichtung der Bundesregierung in der Praxis des Staates aus?

Ein Beispiel liefert Bundesfamilienministerin Schröder. Sie sieht ihre Hauptaufgabe darin, das im Koalitionsvertrag formulierte „entschlossene Entgegenreten“ in Fragen Extremismus zu „präzisieren“. Projekte und Initiativen, die antirassistische Präventionsarbeit leisten und gegen rechtsextremistische Gewalt und Rassismus aktiv wirken, wurden aufgefordert, im Rahmen einer Extremismus-Klausel eine „Demokratie-Erklärung“ abzugeben. Danach sollen sie

ihre Kooperationspartner auf „linksextremistische Gesinnung“ überprüfen. So sollen demokratische Programme gegen Neonazismus in Programme gegen Linke und antifaschistische Kräfte umfunktioniert werden. Frau Schröder war übrigens nicht bereit, sich zu der Mordserie des nazistischen Terroristen-Trios zu äußern.

Alles Linke im Visier

Bundesdeutsche Justiz bewegt sich im gleichen Fahrwasser. „Laut einer Statistik der Bundesregierung hat es in den vergangenen zehn Jahren 13 Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft im Bereich Rechtsextremismus gegeben, aber etwa 700 im Bereich Islamismus und Linksterrorismus“ (43)

Bundesinnenminister Friedrich verstieg sich im Juli 2011 zu der Unterstellung, hauptsächlich linke Kräfte seien für Gewaltanwendungen in der Gesellschaft verantwortlich. „Sie werden mehrheitlich linksextremistisch verübt.“ Es gäbe gegenwärtig „gigantisch anwachsende Zahlen.“ (44) Die Vorsitzende der Partei Die LINKE, Gesine Löttsch, wies im November 2011 darauf hin, dass in Politik und Medien die „Gefahr eines wachsenden Linksextremismus beschworen“ werde, während Neonazis unentdeckt ihre Untaten verüben konnten. (45) Und an anderer Stelle vermerkte sie, während Antifaschisten juristisch verfolgt werden, würden staatliche Programme gegen Rechtsextremismus gekürzt. (46)

Die Partei Die Linke ist Dauerobjekt der Beobachtung seitens bundesdeutscher Inlandsgeheimdienste. Bundestags- und Landtagsabgeordnete werden nach wie vor überwacht. Fortwährend werden Anschläge auf Büros der Partei sowie auch auf Wohnungen von Funktionären verübt. Morddrohungen werden ausgesprochen. Die polizeiliche Aufklärungsquote ist gleich Null. „Der Spiegel“ registrierte: „Monatlich mindestens vier oder fünf Anschläge gegen Büros der Linken zurzeit im Monat, häufig waren es auch mehr.“ Säure-Angriffe, Schüsse auf Büros, Anschläge auf Wohnungen – „von Januar 2010 bis Sommer 2011 weit über hundert polizeibekanntes Attacken gegen linke Politiker und Büros.“ Das Nachrichtenmagazin

43 Der Spiegel, 47/2011

44 Junge Welt, 2./3. Juli 2011

45 Junge Welt, 14. November 2011

46 ebenda

erwähnt auch anonyme Drohungen, Anzünden von Autos von Funktionären, gelockerte Schrauben an Autorädern, Morddrohungen. Auf den Adresslisten, die bei den Nazi-Mördern gefunden wurden, stehen auch „viele Namen linker Funktionäre.“ (47)

Es kennzeichnet die herrschende Politik in der Bundesrepublik, wenn wenige Tage nach dem Massaker in und bei Oslo der CSU-Generalsekretär Dobrindt verlangt, ein Verbot der Partei DIE LINKE zu prüfen. Dem Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft Witthaut fiel nach Bekanntwerden der NSU-Verbrechen nichts anderes ein, als die Polizeiangehörigen zu ermahnen, sich nicht nur auf Rechts zu stürzen, sondern auch den „Linksextremismus“ einzubeziehen. Dass sich Polizei auf „Rechts stürzt“ ist ein Geheimnis Witthaupts. Gewöhnlich schützt die Polizei die Aufmärsche der Nazis.

Eine Serie von Autobrandstiftungen in Berlin wurde in großen Aufmachungen der Boulevard-Presse zunächst als Werk von „Linksterroristen“ hingestellt. Später wurde, allerdings nun nicht mehr unter Schlagzeilen berichtet, einzelne Bürger seien aus Frust und Wut über Ungerechtigkeiten im Staat oder familiären Zwistigkeiten straffällig geworden! Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Witthaut, derart eingeschworen auf den Leitspruch, alles Ungemach in der Gesellschaft komme von Links, zog aus den vorhergegangenen Falschmeldungen keine der Wahrheit dienende Schlussfolgerung, sondern forderte nach Brandanschlägen auf Bahn-Anlagen in Berlin-Brandenburg ein „Sicherheitskonzept zur Bekämpfung des Linksterrorismus“. Es sei jetzt unerlässlich, die Polizei und den Verfassungsschutz im Kampf gegen den Linksextremismus zu stärken, so Witthaupt.

Bundesinnenminister Friedrich setzt noch eins drauf, wenn er im Zusammenhang mit dem Bundestagsbeschluss zur Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den nazistischen Verbrechen des NSU-Trios Bedenken, der Kampf gegen links könne nun zu kurz kommen, ausräumt: „Sie brauchen keine Angst zu haben. Wir werden auch den Kampf gegen den Linksextremismus verstärken.“ (48)

47 Der Spiegel, 1/2002

48 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Januar 2012

Der kalte Krieg gegen Die LINKE und gegen links überhaupt erinnert an die Einleitung zum Manifest der Kommunistischen Partei von Marx und Engels - an das „Gespenst des Kommunismus“, gegen das sich alle Mächte des alten Europa...zu einer heiligen Hetzjagd verbündet“ haben. Die bundesdeutschen Nachkommen im Geiste, die sich als Führer des alten Europa verstehen, setzen die reaktionäre Tradition mit der Totalitarismuskonzeption fort.

Die Hetzjagd richtet sich ebenfalls gegen die FIR, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie weitere demokratische Organisationen.

Bundesweit wurden Razzien gegen das Bündnis „Dresden nazifrei“ durchgeführt. 500 Verfahren wurden gegen Antifaschisten eingeleitet, die am 19. Februar 2010 dazu beitrugen, den Nazi-Aufmarsch in der Elb-Metropole zu verhindern. Im Rahmen einer rechtswidrigen Überwachungsaktion gegen die Demonstranten waren seinerzeit Millionen von Handy-Daten von Demonstranten gespeichert und ausgelesen worden. Gegen die antifaschistischen Demonstranten waren Überwachungsdrohnen, scharfgemachte Hunde und Pfefferspray eingesetzt worden. Das ist nur ein Beispiel, wie Antifaschismus kriminalisiert wird.

Gängig ist die Praxis von Verwaltungsgerichten, Nazi-Aufmärsche zu erlauben.

Und wieder Stichwortgeber und Wegbereiter

Ein spezielles Kapital rechtsextremistischen Terrors stellt die Verfolgung, Misshandlung und Ermordung von Schwachen in der Gesellschaft dar. Unter den 182 Opfern dieses Terrors befinden sich Arbeits- und Obdachlose. Und wie bei der rassistischen Fremdenfeindlichkeit und der Islamophobie finden sich auch hier Stichwortgeber.

Einige Beispiele:

- In den 1970er Jahren wurde es in der BRD üblich, Arbeitslose als „Sozialschmarotzer“ zu diffamieren.
- **Helmut Kohl** sprach während seiner langjährigen Kanzlerschaft und als CDU-Vorsitzender von einem „kollektiven Freizeitpark“ (49)

- **Gerhard Schröder**. Deklassierte 2001 als Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender Arbeitslose mit den Worten: „Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft.“ Er ergänzt später, es gäbe „eine Mitnahmementalität der Deutschen.“ (50)
- **Thomas Gottschalk**, beteiligte sich als Stichwortgeber, indem er vor einem Millionen-Publikum das Bild von den “Bierdosen” als „Hartz-IV-Stelzen“ zeichnete.
- Bundeswirtschafts- und Arbeitsminister **Wolfgang Clement** (SPD) ließ in einer Schrift seines Amtes „Abzocke“ und „Selbstbedienung“ schmähen. (51)
- **Guido Westerwelle** wettete 2010 als FDP-Vorsitzender und Vizekanzler gegen ein Hartz-IV-Empfänger betreffendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“ (52)

Der Abwertungs-Begriff „Unterschicht“ kommt in die Debatte.

Bei solchen von der Politik formulierten Stichworten und Wegmarken kann die NPD ihren Rassismus gegen Migranten und ihre Hetze gegen Schwache weiter anheizen. Im Internet erreichte ihre Propaganda im Verlauf der vergangenen Jahre einen Höchststand. Nicht nur volksverhetzende Pamphlete werden auf geschickt aufgemachten Webseiten verbreitet. Die NPD als führende Kraft der neonazistischen Bewegung nutzt auch beliebte Onlinemedien. Die „Deutsche Stimme“, Aufkleber, Flugblätter und kleinformatige Zeitungen ergänzen das Internet-Angebot. Wichtigste Zielgruppe sind junge Menschen. Konzerte von Neonazi-Rockbands erweisen sich besonders als Zugnummern für Jugendliche. Im „Kampf um die Straße und um die Köpfe“ kommen der NPD Justizorgane entgegen. Anträge zum Verbot von Nazi-Aufmärschen werden mit Verweis auf Meinungsfreiheit abgelehnt. Die NPD deklariert ganze Dörfer und Stadtteile zu „national befreiten Zonen“. Sie finanziert sich mit Hilfe des Parteiengesetzes zu 30 Prozent aus Steuergeldern.

Mit der Krise des kapitalistischen Systems verstärken sich neben rechtsextremistischen Umtrieben auch rechtspopulistische Aktivitäten. Die Krisenwirkungen verstärken die Polarisierung zwischen

50 de.wikipedia/wiki/sozialschmarotzer

51 de.wikipedia.org/wiki/Diskriminierung_Arbeitsloser

52 Frankfurter Rundschau, 12. Februar 2010

Arm und Reich. Sogenannte Pro-Parteien, die wie Pilze aus dem Boden schießen, profitieren mit ihrer Demagogie von diesem Prozess: Pro Deutschland, Pro NRW, Pro Köln, auch eine Gruppierung „Freiheit“, betreten die politische Bühne. Führungskräfte sind oftmals Ableger der CDU und von rechten Gruppierungen.

Die Pro-Parteien könnten die Startbedingungen für eine neue Rechtspartei schaffen. Etwa 20 Prozent der Deutschen würden eine „bürgerlich-konservative Partei rechts von der CDU wählen“.

Als auch von der NPD gefeierte rechtspopulistische Leitfigur greift Ex-Senator und Ex-Banker Thilo Sarrazin, der nach wie vor Mitglied der SPD ist, in die Meinungsbildung ein. Er versucht seinen rassistischen islamfeindlichen und sozialdarwinistischen Auslassungen einen pseudowissenschaftlichen Anstrich zu geben. Im Grunde sagt Sarrazin nichts Neues. Thesen seiner Art machen seit Jahr und Tag in Aufsätzen und Talks die Runde. Seine Thesen basieren auf der Rassenlehre der Nazis. Doch seine Methode verführt, indem sie Details aus dem Alltagsleben aufgreift und sie verzerrt. Auf soziale Unterstützung Angewiesene, Hartz-IV-Empfänger vor allem, werden als „Sozialschmarotzer“ verteufelt. Sarrazin bietet dem Hass auf Muslime und Schwache in der Gesellschaft eine programmatische Plattform. Eine umfangreiche Medien-Unterstützung ließ sein Buch schnell zum Bestseller aufsteigen. Mit seinen seit Jahren vertretenen Thesen erhalten rechtspopulistischer Parteien ideologische Beihilfe und die NPD in wesentlichen ihrer Programmpunkte eine Bekräftigung.

Gesellschaftlicher Nährboden als Förderer

Das die soziale Spaltung der Gesellschaft vertiefende Krisenmanagement der Bundesregierung, das auf dem Arbeitsmarkt weitgehend auf Niedriglöhnen und befristeten Arbeitsverträgen aufbaut, begünstigt in seiner Wirkung Fremdenfeindlichkeit und Abwertung von Schwachen.

Der Bielefelder Sozialforscher Wilhelm Heitmeier, Herausgeber der bisher jährlich erscheinenden Langzeitstudie „Deutsche Zustände“, kommt im Ergebnis einer zuletzt durchgeführten repräsentativen Umfrage zu dem Schluss, dass seit Beginn der Krise 2008 die soziale Spaltung der Gesellschaft deutlich zugenommen hat. Der gesellschaftliche Nährboden fördert Rassismus, Fremdenfeindlichkeit

sowie die Abwertung von Obdachlosen und wachsende Vorurteile gegenüber Behinderten und Arbeitslosen. Die gängige Ökonomisierung in der Bewertung von Menschen führe zu derart unmenschlichen Erscheinungen. Die sich weiter ausprägende Ellenbogengesellschaft, zunehmendes Konkurrenzdenken zersetzen früheres Miteinander. „Wer Angst vor dem Abstieg hat“, so Heitmeier, „wer befürchtet, morgen nutzlos zu sein, der wird Schwächere abwerten, um sich damit zu beweisen, dass noch jemand unter ihm auf der Leiter steht.“ (53) Zum Rechtsterrorismus äußert der Sozialforscher: “Ich bin entsetzt, dass viele – im besonderen in der etablierten Politik – so tun, als ginge es um ein paar Außenseiter in einer sonst intakten und humanen Gesellschaft...Die Terroristen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe schöpften ihre Legitimation zur Gewalt aus einem Vorrat an menschenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung.“ (54) Einstellungen, auf die die Öffentlichkeit auch von den Medien eingestimmt wird.

Insofern ist es kein Wunder, dass Fremdenfeindlichkeit und die von Heitmeier angesprochene Ökonomisierung in der Bewertung von Menschen in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen sind. Die von der NPD in Anspruch genommenen „Meinungsfreiheit“ und die Verbreitung rechtspopulistischer Demagogie sowie das unheilvolle Wirken von Leuten wie Sarrazin haben zu einem Zustand geführt, den der Ex-Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden, Michael Friedman, so beschreibt: “Rassistische Untertöne sind in allen Schichten der Gesellschaft vernehmlich. Nur fallen sie beim Getrampel von Springerstiefeln mehr auf als beim Klingen von Champagnergläsern auf feinen Empfängen. Bis weit in die ‚Mitte der Gesellschaft‘ finden sie die Meinung, die rechte Szene stelle richtige Fragen: ‚Gewalt wollen wir nicht, aber...‘ Und in diesem ‚Aber‘, in diesem ‚Man muss doch mal sagen dürfen...‘ schwappt die ganze braune Soße hoch.“ (55)

Umfrageergebnisse bestätigen und konkretisieren, was „in der Mitte der Gesellschaft wohlgeleitet“ ist oder nicht. Jeder dritte Deutsche ist der Meinung, in der Krise könne man nicht mehr allen Menschen gleiche Rechte gewähren. 61 Prozent der Befragten sind

53 Der Spiegel, 50/2011

54 ebenda

55 Berliner Zeitung, 17. November 2011

der Auffassung, in Deutschland müssten zu viele schwache Gruppen der Gesellschaft mitversorgt werden.

Grundgesetz mit Leben erfüllen

Die schwierige Aufgabe der Austrocknung des „braunen Sumpfes“ braucht die Verteidigung und Inanspruchnahme grundgesetzlich verbrieft Bürger- und Freiheitsrechte.

Artikel 139 gewährleistet die Fortgeltung der Entnazifizierungsvorschriften, wie sie im Potsdamer Abkommen der Siegermächte fixiert worden sind.

Die in Potsdam beschlossene Ausrottung von Nachfolgeorganisationen der Nazi-Partei verlangt deshalb das Verbot der NPD, das jedoch dieses Mal richtig vorzubereiten und durchzuführen ist. Das setzt die Abschaltung aller V-Leute voraus. Ein solcher Schritt ist unvereinbar mit der vom Bundesinnenminister vertretenen Auffassung, „V-Leute (seien) unverzichtbar.“ (56) Das setzt weiter voraus, das Verbotverfahren zügig durchzuführen. Ein solches Erfordernis ist unvereinbar mit der vom gleichen Minister erklärten Orientierung, „keine Schnellschüsse“ und „keinen Aktionismus“ zuzulassen. Das Verbot der NPD ist seit Jahrzehnten überfällig. Es hätte bereits unmittelbar nach der grundgesetzwidrigen Zulassung dieser Partei erfolgen müssen. Ein Verbot der NPD würde dieser Partei die finanziellen Mittel nehmen, die ihr bisher gemäß dem Parteiengesetz aus Steuermitteln zufließen. Die NPD **würde durch ein Verbot auch die politischen und organisatorischen Möglichkeiten, über die sie gegenwärtig verfügt, verlieren. So beispielsweise die Anmeldung von provokatorischen Aufmärschen oder die Nutzung von Räumen für Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen.**

Ein Verbot würde jedoch die faschistische Ideologie nicht aus dem deutschen Alltag verschwinden lassen. Ein NPD-Verbot schließt deshalb eine kontinuierliche, nachhaltige Aufklärungsarbeit ein, die die politische Atmosphäre und das Denken so mancher Mitbürger von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Ökonomisierung der Bewertung von Menschen befreit und damit entgiftet. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen (Art. 1 GG), das Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit (Art. 2), die Gleichheit

der Menschen vor dem Gesetz (Art. 3), die Freiheit des religiösen Bekenntnisses (Art.4) müssen in der Gesellschaft unangefochten gelten.

Ein wesentlicher Aspekt für die Realisierbarkeit der Bürger- und Freiheitsrechte ist der Widerstand gegen die infolge der fortwährenden Umverteilung von unten nach oben zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft. Dieser Spaltungsprozess widerspricht zutiefst dem Grundgesetz, das die Bundesrepublik als demokratischen und sozialen Bundesstaat ausgibt. (Art. 20)

Der Schutz der Polizei und der Justiz und nicht die Kriminalisierung muss denen gehören, die sich am Kampf gegen den Faschismus beteiligen. Das Recht auf Widerstand gegen jene, die demokratische Ordnung beseitigen wollen, muss für Polizei und Justiz zu schützendes und zu unterstützendes Gebot werden. (Art. 20)

Das Grundgesetz lässt eine Aussage über den Bildungsinhalt im Schulwesen vermissen. Vonnöten ist jedoch, der heranwachsenden Jugend Aufklärung zu vermitteln über die Verbrechen, die der deutsche Faschismus gegen die Völker der Welt und das eigene Volk verübt hat sowie die Offenlegung der Ursachen, die Faschismus überhaupt ermöglicht haben.

Eine konsequente Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus muss die gesellschaftliche Ächtung faschistischen Gedankenguts zum Ziel haben.